

Stadtrat Eisenach
Fraktion DIE LINKE.
Georgenstraße 25
99817 Eisenach

28.03. 2012

Stadtverwaltung
Herr Oberbürgermeister
Matthias Doht
Markt 1
99817 Eisenach

Änderungsantrag **zur Beschlussvorlage 0868-StR/2012 – TOP 7 der Stadtratssitzung**

1. Der Punkt 2 wird gestrichen.
2. Der Punkt 4 der Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

„Der Akteneinsichtsausschuss soll seine Arbeit sofort aufnehmen, nicht erst nach Rückgabe der Akten durch die Staatsanwaltschaft. Er erhält Einsicht in die Unterlagen der Stadtverwaltung, aus denen der Verlauf der Festlegungen hervorgeht, die mit der Einrichtung und Erweiterung der Windkraftanlagen im Vorfeld der Beschlussfassung im Stadtrat befasst sind. Dazu gehören insbesondere die Protokolle der Beigeordnetenberatungen.“

3. Der Punkt 6 der Beschlussfassung wird um folgenden Wortlaut ergänzt:

„Weiterhin soll die Tätigkeit des neuen Verbandsvorsitzenden geprüft werden, inwieweit er seiner Aufgabe zur rückhaltlosen Aufklärung der Vorfälle im TAVE, der Beantwortung aller damit im Zusammenhang stehenden Anfragen der Verbandsräte und der Kontrolle der Umsetzung der Anweisungen des Geschäftsleiters und besonders der Umsetzung des zu beschließenden Sanierungskonzeptes nachkommt.“

4. Die Beschlussvorlage wird um einen letzten (nun) Punkt 6 ergänzt:

„Die drei städtischen Beamten, welche zur Prüfung der Vorkommnisse im TAV mehrere Monate eingesetzt waren, sollen der Versammlung und in den zuständigen Ausschüssen des Stadtrates über die Erkenntnisse und Ergebnisse ihrer Tätigkeit berichten.“

Begründung:

Es macht keinen Sinn, die Akten nach Rückgabe durch die Staatsanwaltschaft einzusehen. Wenn sich aus der Aktenlage bei der Staatsanwaltschaft Beweise für Straftatbestände ergeben, wird es zur Anklageerhebung kommen. Nach Abschluss wird es ein Urteil im

rechtsstaatlichen Verfahren geben, die eine Akteneinsicht im Nachhinein gegenstandslos macht

Wichtiger ist jetzt, zu prüfen, wie es zu Entscheidungen „im stillen Kämmerlein“ kommen konnte und wie die mangelnde Transparenz gegenüber dem gewählten Stadtrat künftig ausgeschlossen wird.

Besonders im TAVE ist darauf hinzuwirken, dass die Anstrengungen der neuen Geschäftsleitung, den TAVE auf wirtschaftlich gesunde Füße zu stellen, nicht durch fortwirkende alte Strukturen und Beziehungsgeflechte behindert oder gar verhindert werden.

Karin May
Fraktionsvorsitzende